

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Elterninitiativen #lautfürFamilien und #KinderBrauchenschule anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich in Regierungsverantwortung oder im Parlament für die Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stark machen?

Wir GRÜNE werden uns für eine Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite einsetzen, wenn dies möglich ist. Dies ist aus jetziger Sicht dann der Fall, wenn möglichst viele, gerade der besonders vulnerablen Menschen geimpft sind und eine Überlastung unseres Gesundheitswesens auch bei wieder zunehmendem Infektionsgeschehen nicht zu erwarten ist.

2) Werden Sie sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass alle Einschränkungen durch das die sogenannte Bundesnotbremse (IfSG §28b) im Zusammenhang mit inzidenzabhängigen Beschränkungen für Kinder- und Jugendliche sofort aufgehoben werden?

Die Einschränkungen der Bundesnotbremse in §28b IfSG gelten nur oberhalb einer 7-Tage-Inzidenz von mehr als 100. Aktuell liegen wir weit darunter. Der §28b IfSG läuft nur noch bis zum 30.6.2021. Wir GRÜNE sehen aktuell keine Notwendigkeit, diese Regelung zu verlängern.

3) Welche politischen Projekte Ihrer Partei unterstreichen die besondere Bedeutung und den Schutz der Kinder (UN-Kinderrechtskonvention) im Hinblick auf Bildung, Chancengleichheit, Teilhabe, Spiel und Kindeswohl?

Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen Bedürfnissen, die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir GRÜNE werden sicherstellen, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und maßgeblich berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können.

4) Werden Sie auf Bundesebene die Aufhebung der Beschränkungen für Kinder anmahnen und sich für die Aufhebung von Maskenzwang und Testzwang für Kinder einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Sobald das Infektionsgeschehen es zulässt und eine Überlastung des Gesundheitswesens nicht mehr zu erwarten ist, werden wir uns für eine Aufhebung der Maßnahmen einsetzen. Wichtig ist uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass so schnell wie möglich zum Präsenzunterricht zurückgekehrt wird. Um dies zu ermöglichen, sind ggf. für eine Zeitlang noch Schutzmaßnahmen wie Masken oder Tests nötig.

5) Wird ein klares Statement im Wahlprogramm Ihrer Partei stehen, dass es wegen der herausragenden Bedeutung des Rechts auf Bildung und Teilhabe nicht wieder zu Schulschließungen kommt? Wenn nein, warum nicht.

Für uns ist das Recht auf Bildung nicht verhandelbar. Es darf kein drittes Mal passieren, dass die Corona-Pandemie unser Bildungssystem unvorbereitet trifft und Schulen geschlossen werden, während Fußballstadien und Großraumbüros geöffnet bleiben. Wir GRÜNE setzen uns auf allen

Ebenen dafür ein, jetzt die Voraussetzungen für sicheren Unterricht zu schaffen. Dazu gehören ausreichende Raumlüftfilteranlagen genauso wie Impfangebote für alle pädagogischen Fachkräfte, Eltern und Schüler*innen, die dies möchten. Wir wollen Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt rücken. Dafür bauen wir Sport-, Erlebnis-, und Kulturangebote aus und stärken die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen. Mit Mentor*innen, Bildungslots*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen knüpfen wir ein sicheres Netz an breiter Unterstützung. Jedes zusätzliche Angebot für die Krisenbewältigung soll die Qualität an KiTas, Horten und Ganztagschulen langfristig voranbringen.

6) Werden Sie sich klar gegen eine Impfpflicht als Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Bildungs-, Freizeit- oder Sporteinrichtung für Kinder und Jugendliche positionieren? Wenn nein, warum nicht?

Wir GRÜNE lehnen die von Ihnen genannte Impfpflicht für Kinder und Jugendliche gegen COVID-19 ab. Auch die Verknüpfung der Möglichkeit des Zutritts von Kindern und Jugendlichen zu Schulen und Betreuungseinrichtungen mit einer Impfung halten wir nicht für sinnvoll. Wir unterstützen ein Impfangebot an Kinder und Jugendliche, insbesondere bei chronischen Erkrankungen, die ein erhöhtes Risiko für einen schweren COVID-19 Verlauf haben.

7) Werden Sie innerhalb der kommenden Legislaturperiode Mittel (für Räumlichkeiten und Personal) bereitstellen, dass Lernen in Präsenz in kleineren Lerngruppen zu möglich wird?

Wir wollen dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Wir GRÜNE fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen ergänzen und mit unterschiedlichen Perspektiven bereichern, um die Schüler*innen und ihre Familien bestmöglich unterstützen zu können. Unser Ziel ist, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards umzusetzen. Dazu gehören ausreichend Fachkräfte, anregende Räume und Schulhöfe, ein gesundes Mittagessen und eine breit gefächerte Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Derartige Kooperationen wollen wir finanziell unterstützen. Den DigitalPakt wollen zu einem echten gemeinsamen Vorhaben nachhaltig und dauerhaft weiterentwickeln und dabei auch IT-Administrator*innen fördern, um die technische Infrastruktur an Schulen aufzubauen und zu pflegen.

8) Werden Sie sich im Rahmen Ihres politischen Mandats bei erneut angespannter Infektionslage gegen eine fremdnützige Einschränkung von Kindern und Jugendlichen einsetzen bzw. den Kinderschutzverbänden und den Fachgesellschaften der Kinder- und Jugendärzte in Ihren Empfehlungen folgen?

Kinder haben ein Recht auf Bildung, auch in der Pandemie. Familien brauchen Perspektiven. Der sicheren Öffnung von Kitas und Schulen räumen wir höchste Priorität ein. Wir GRÜNE werden alles dafür tun, dass sich die Situation von Kita- und Schulschließungen aus dem vergangenen Jahr nicht wiederholt. Über den Sommer müssen alle Kraftanstrengungen unternommen werden, damit sich Kinder und Jugendliche auf sicheren Unterricht und offene Kitas nach den Ferien verlassen können. Neben der Ausstattung mit Luftfiltern, dem Ausbau der Digitalisierung und Aufholprogrammen kann dazu auch ein Impfangebot an Kinder und Jugendliche gehören, die insbesondere bei chronischen Erkrankungen mit erhöhtem Risiko für einen schweren COVID-19 Verlauf prioritär geimpft werden müssen. Entsprechend müssen Kinder- und Jugendärzte in die Ansprache und die Impfkampagne eingebunden werden, damit diese Zielgruppe effektiv erreicht werden kann.